



# Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

19/2015 08.05.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Lorenz E. Riegler/Wolfgang Steinbauer

## Wiener Bauordnung Kommentar

Der Praxiskommentar „Bauordnung für Wien“ enthält den Text der Wiener Bauordnung zum Stand vom 1. April 2015 samt den jüngeren Materialien, jüngerer Literatur in Leitsätzen sowie ausgewählten Anmerkungen für die Praxis, dazu der Durchführungsverordnungen und Nebenbestimmungen.

78 Euro, 596 Seiten, Harteinband, gebunden, 3. Auflage, Stand 1. April 2015, ISBN 978-3-902883-023-0

## I. Bundesgesetzblatt

### BGBI II 92/2015

Verordnung der Bundesministerin für Inneres, mit der **Gruppen- und Abteilungsleiterfunktionen, denen eine besonders wichtige Aufgabenstellung zukommt**, festgelegt werden

### BGBI II 93/2015

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über Leistungs- und Förderungsstipendien für das Studienjahr 2014/2015 (**Leistungs- und Förderungsstipendien-Verordnung 2015**)

### BGBI II 101/2015 (Anlage 3) (Anlage 5) (Anlage 6)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die Zulassungsstellenverordnung geändert wird (**7. Novelle zur ZustV**)

### BGBI III 51/2015 (Anlage)

Abkommen zwischen der Regierung der Republik **Österreich** und der Regierung **Montenegros** zur **Vermeidung der Doppelbesteuerung** auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

### BGBI III 60/2015 (Anlage)

Abkommen zwischen der Republik **Österreich** und der Republik **Indien** über **soziale Sicherheit**

## II. Amtsblatt der EU

### [ABI L 109 v 28.04.2015, 44](#)

Beschluss (EU) 2015/658 der Kommission vom 8. Oktober 2014 über die vom Vereinigten Königreich geplante staatliche Beihilfe SA.34947 (2013/C) (ex 2013/N) zugunsten des **Kernkraftwerks Hinkley Point C**

### [ABI L 115 v 06.05.2015, 1](#)

Richtlinie (EU) 2015/719 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 zur Änderung der Richtlinie 96/53/EG des Rates zur Festlegung der **höchstzulässigen Abmessungen für bestimmte Straßenfahrzeuge** im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr in der Gemeinschaft sowie zur Festlegung der höchstzulässigen **Gewichte im grenzüberschreitenden Verkehr**

### [ABI L 115 v 06.05.2015, 11](#)

Richtlinie (EU) 2015/720 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 zur Änderung der Richtlinie 94/62/EG betreffend die **Verringerung des Verbrauchs von leichten Kunststofftragetaschen**

## III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

### A. Verfassungsgerichtshof

Keine Erkenntnisse im Berichtszeitraum.

### B. Verwaltungsgerichtshof

#### 24.03.2015, [2012/03/0076](#); [2012/03/0147](#)

**AVG**; der Vorwurf einer **Befangenheit** nach § 7 Abs 1 Z 3 AVG hat konkrete Umstände aufzuzeigen, welche die Objektivität des Entscheidungsträgers in Frage stellen oder zumindest den Anschein erwecken können, dass eine parteiische Entscheidung möglich ist; nur eindeutige Hinweise, dass ein Entscheidungsträger seine vorgefasste Meinung nicht nach Maßgabe der Verfahrensergebnisse zu ändern bereit ist, können seine Unbefangenheit in Zweifel ziehen; dieser Grundsatz gilt auch betreffend die **Ablehnung eines nichtamtlichen Sachverständigen** nach § 53 Abs 1 AVG

#### 26.03.2015, [2011/11/0187](#)

**NÖ KrankenanstaltenG**; sanitätsbehördliche Betriebsbewilligung für den Umbau eines Notfallruheraums in einen Zahnbehandlungsraum; bei der Einrichtung eines dritten Behandlungsstuhls handelt es sich zwar nicht um eine Erweiterung des Anstaltszwecks und des Anstaltsumfangs, jedoch liegt bei der Erweiterung des Leistungsumfangs um 50 % (drei statt zwei Behandlungsstühle) jedenfalls eine **erhebliche Veränderung des Leistungsangebots** vor, weshalb eine Bedarfsprüfung gem § 8 Abs 1 lit a NÖ KrankenanstaltenG vorzunehmen gewesen wäre

#### 26.03.2015, [2012/07/0034](#)

**PflanzenschutzmittelG**; Vorwurf des **Inverkehrbringens von Pflanzenschutzmitteln** entgegen dem PflanzenschutzmittelG; der Begriff des „Inverkehrbringens“ gem § 2 Abs 10 PflanzenschutzmittelG weicht nicht in einer für den ggst Fall wesentlichen Weise vom Inverkehrbringens-Begriff der RL 91/414/EWG ab; für die Verwirklichung des Tatbestands bedarf es neben der Willenseinigung auch der tatsächlichen Einräumung der Gewahrsame über das Pflanzenschutzmittel

#### 26.03.2015, [2012/07/0099](#)

**AltlastensanierungsG**; beim Antrag auf die zeugenschaftliche Vernehmung zum Beweis dafür, dass es sich bei dem entfernten Material tatsächlich um **Baurestmassen iSd § 6 Abs 1 Z 1 AltlastensanierungsG** gehandelt hat, handelte es sich

um keinen **Beweisantrag** zur Klärung einer Rechtsfrage; aus dem Beweisantrag ist vielmehr die Auffassung der Bf erkennbar, die zur Vernehmung beantragten Zeugen könnten Aussagen zur Art des in Rede stehenden Materials tätigen

**26.03.2015, [2012/07/0278](#)**

**AVG**; es ist Aufgabe der Behörde, ab Vorliegen eines vollständigen Antrags nicht nur konkrete Aufträge an die SV zur Abgabe der für die Entscheidung wesentlichen Stellungnahmen zu erteilen, sondern mit den für die Entscheidung relevanten SV sachlich begründete Termine zu vereinbaren, deren Einhaltung zu überwachen und bei Nichteinhaltung entsprechende Schritte zu setzen; ist die Behörde dieser **Überwachungspflicht über die SV** nicht ausreichend nachgekommen, ist ihr ein **überwiegendes Verschulden iSd § 73 Abs 2 AVG** anzulasten

**26.03.2015, [2013/07/0011](#)**

**WasserrechtsG; VStG**; bei der **Übertretung des § 137 Abs 2 Z 7 WasserrechtsG** (durch Nichteinhaltung einer Auflage) handelt es sich um ein Ungehorsamsdelikt, weshalb der Bf glaubhaft machen muss, dass ihn an der Verletzung dieser Verwaltungsvorschrift kein Verschulden trifft; aus dem unsubstantiierten Vorbringen, die Räumung des Wehrs sei bei Starkwassersituationen „unzumutbar“ und würde auch „keine Verbesserung bringen“, weil das Wehr in der Folge durch das Starkwasser wieder verlegt werde, ergibt sich nicht die Unmöglichkeit der Einhaltung der vorgeschriebenen Auflage

**26.03.2015, [2013/07/0263](#)**

**WasserrechtsG**; Erteilung der wasserrechtlichen Bewilligung für die Errichtung einer Schiffsanlegestelle; die Bf Partei ist Fischereiberechtigte; die **Parteistellung des Fischereiberechtigten** ist eingeschränkt; die Verletzung von Rechten findet nur dann statt, wenn seinem Begehren nach Maßnahmen zum Schutz der Fischerei zu Unrecht nicht Rechnung getragen wurde

**26.03.2015, [2013/11/0048](#)**

**Krankenanstalten- und KuranstaltenG; Wr KrankenanstaltenG**; vor der Novellierung des Krankenanstalten- und KuranstaltenG und des Wr KrankenanstaltenG war zur **Prüfung des Bedarfs für eine bettenführende Krankenanstalt** als wichtigster Indikator die durchschnittliche Wartezeit zu ermitteln, die der Patient im Einzugsgebiet der geplanten Krankenanstalt in Kauf nehmen muss; dass dem **Kriterium der Wartezeit** nunmehr wegen seiner mangelnden Objektivität keine maßgebliche Bedeutung mehr zukommt, richtet sich gegen die Art und Weise der Ermittlung der Wartezeiten, schließt aber deren Berücksichtigung nicht aus, sofern deren Feststellung auf objektiven Ermittlungsergebnissen beruht

**19.03.2015, [Ra 2014/06/0033](#)**

**VwGVG**; aufgrund der Behauptung der Bf, ihr Vorbringen in Bezug auf die bescheidwidrige Ausführung des Bauvorhabens sei völlig außer Acht gelassen worden, die Verletzung der Abstandsvorschriften sei infolge einer bescheidwidrigen Ausführung des Objekts erfolgt und die tatsächliche Ausführung des Objekts entspreche keineswegs den bewilligten Baumaßnahmen, hätte das LVwG eine mündliche Verhandlung durchzuführen gehabt; die **Durchführung einer mündlichen Verhandlung ohne Parteiantrag gem § 24 Abs 1 VwGVG** steht nämlich nicht im Belieben, sondern im pflichtgemäßen Ermessen des VwG

**26.03.2015, [Ra 2014/07/0067](#)**

**AbfallwirtschaftsG**; die in § 15 Abs 5a AbfallwirtschaftsG normierten Verpflichtungen treffen (auch) denjenigen, der Abfälle innehat; der Abfallbesitzer ist für die Übergabe an berechnigte Abfallsammler oder -behandler und die Beauftragung der umweltgerechten Verwertung oder Beseitigung dieser Abfälle verantwortlich; ein **auf § 73 Abs 1 iVm § 15 Abs 5b leg cit gestützter Behandlungsauftrag** kann aber gerade auch gegen Personen erlassen werden, die die Abfälle nicht mehr inne haben, weil sie diese bereits entgegen den Vorgaben des § 15 Abs 5a leg cit weiter gegeben haben

**26.03.2015, [Ro 2014/11/0011](#)**

**MedizinprodukteG**; gem § 93 Abs 1 MedizinprodukteG sind **Reinigung, Desinfektion und Sterilisation von Medizinprodukten** mit solchen Geräten und geeigneten validierten Verfahren durchzuführen und so zu organisieren, dass der Erfolg dieser Verfahren nachvollziehbar gewährleistet ist und die Sicherheit und Gesundheit nicht gefährdet wird; die Tätigkeiten haben insb den in einer VO gem § 94 leg cit festgelegten Anforderungen zu entsprechen; auch wenn diese VO nicht

erlassen wurde, lassen sich aus § 93 Abs 1 leg cit Anforderungen ableiten, und zwar insb die **Einhaltung eines validierten Verfahrens**, welches dem Stand der Medizintechnik entspricht

## C. Verwaltungsgerichte

LVwG NÖ 27.01.2015, [LVwG-AB-14-4057](#)

**VwGVG**; es könnte zweifelhaft sein, ob das VwG im Rahmen seiner **Prüfbefugnis nach § 27 VwGVG** berechtigt ist, die Frage der Rechtmäßigkeit eines Bescheids aus Gründen aufzugreifen, die der Bf selbst nicht angeführt hat; durch die Anfechtung des Bescheids „in seinem gesamten Umfang“ hat der Bf aber einen weiten Rahmen vorgegeben, sodass das VwG nicht auf die Prüfung der Argumentation des Bf beschränkt ist; das Gesetz verpflichtet das VwG den Bescheid „aufgrund der Beschwerde“ zu überprüfen, ohne Bindung an die Gründe, mit denen die Bf seine Anfechtung untermauert

LVwG Tir 09.04.2015, [LVwG-2014/37/3183-7](#)

**Tir AbfallwirtschaftsG**; die **Zuordnung von Abfall zu einer Abfallart gem § 2 Abs 1 bis 5 Tir AbfallwirtschaftsG** setzt voraus, dass es sich nicht um ein entgegen einer gesetzlichen Trennverpflichtung hergestelltes Abfallgemisch handelt; ein solches Gemisch kann nicht Gegenstand eines Feststellungsverfahrens gem § 3 leg cit sein; die Zuordnung zu einer Abfallart würde bedeuten, die unzulässige gemeinsame Sammlung von nicht gefährlichen Abfällen zu legitimieren

LVwG Tir 27.04.2015, [LVwG-2015/15/0218-9](#)

**WasserrechtsG**; dass mit einer Flussaufweitung zwangsläufig Bewegungen von Sand- und Kiesmaterial verbunden sind, führt noch nicht dazu, dass dadurch eine gesonderte **Genehmigungspflicht nach § 31c WasserrechtsG** ausgelöst würde; von diesem Genehmigungstatbestand sollen lediglich Abbauvorhaben, insb Trockenbaggerungen erfasst werden

## IV. Gerichtshof der Europäischen Union

### A. Gerichtshof

[30.04.2015, Rs C-80/14, USDAW und Wilson](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Massenentlassungen** – Richtlinie 98/59/EG – Art 1 Abs 1 Unterabs 1 Buchst a – **Begriff ‚Betrieb‘** – Methode zur **Berechnung der Zahl entlassener Arbeitnehmer**

[30.04.2015, Rs C-97/14, SMK](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 52 Buchst c und 55 – Bestimmung des Ortes einer Dienstleistung – Empfänger einer Dienstleistung, der **in mehreren Mitgliedstaaten** über eine **Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer** verfügt – Versand oder Beförderung nach **Orten außerhalb des Mitgliedstaats**, in dem die Dienstleistung tatsächlich bewirkt wurde

[05.05.2015, Rs C-146/13, Spanien / Parlament und Rat](#)

Nichtigkeitsklage – Umsetzung einer **verstärkten Zusammenarbeit** – Schaffung eines **einheitlichen Patentschutzes** – Verordnung (EU) Nr 1257/2012 – Art 118 Abs 1 AEUV – Rechtsgrundlage – Art 291 AEUV – Übertragung von Befugnissen an **Einrichtungen außerhalb der Europäischen Union** – Grundsätze der **Autonomie** und der einheitlichen Anwendung des Unionsrechts

[05.05.2015, Rs C-147/13, Spanien / Rat](#)

Nichtigkeitsklage – Umsetzung einer **verstärkten Zusammenarbeit** – **Einheitliches Patent** – Verordnung (EU) Nr 1260/2012 – Bestimmungen über die Übersetzungsregelungen – **Grundsatz der Nichtdiskriminierung** – Art 291 AEUV – Übertragung von Befugnissen an **Einrichtungen außerhalb der Europäischen Union** – Art 118 Abs 2 AEUV – Rechtsgrundlage – Grundsatz der **Autonomie des Unionsrechts**

#### 06.05.2015, Rs C-674/13, Kommission / Deutschland

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Mit dem Binnenmarkt **unvereinbare staatliche Beihilfen** – Markt für Paketdienste – Beschluss der Kommission – Verpflichtung zur **vollständigen Rückforderung der Beihilfe** und zur Umgestaltung der Beihilferegelung für die Zukunft – **Zu ergreifende Maßnahmen** – Art 108 Abs 2 AEUV – Verordnung (EG) Nr 659/1999 – Art 14 Abs 3

#### 07.05.2015, Rs C-445/13 P, Voss of Norway / HABM

Rechtsmittel – **Gemeinschaftsmarke** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 7 Abs 1 Buchst b – Absolutes Eintragungshindernis – **Fehlende Unterscheidungskraft** – Dreidimensionales Zeichen in Form einer zylindrischen Flasche

## **B. Schlussanträge**

#### 30.04.2015, Rs C-105/14, Taricco ua (GA Kokott)

Schutz der **finanziellen Interessen der Union** – **Steuerstraftaten** im Bereich der Mehrwertsteuer – Pflicht der Mitgliedstaaten zur **Verhängung wirksamer, verhältnismäßiger und abschreckender Sanktionen** – Strafrechtliche Sanktionen – Verfolgungsverjährung – Gesetzliche Beschränkung der Gesamtdauer der Verjährung im Fall ihrer Unterbrechung – Nationale Verjährungsregelung, die in zahlreichen Fällen zur Straflosigkeit führen kann – **Gesetzmäßigkeit der Strafen** – **Rückwirkungsverbot** – Art 325 AEUV – Richtlinie 2006/112/EG – Verordnung (EG, Euratom) Nr 2988/95 – Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften („PIF-Übereinkommen“)

#### 30.04.2015, Rs C-241/14, Bukovansky (GA Mengozzi)

Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit – Beziehung zwischen diesem Abkommen und den **bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen** – Gleichbehandlung – **Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit** – Staatsangehöriger eines Mitgliedstaats der Union – Erzielung von **Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit** in diesem Mitgliedstaat – Verlegung des Wohnsitzes in die Schweiz – **Überdachende Besteuerung**

#### 07.05.2015, Rs C-47/14, Holterman Ferho Exploitatie ua (GA Cruz Villalón)

Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Gerichtliche Zuständigkeit und **Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen** – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Art 5 Nr 1 Buchst a und b sowie Nr 3 – Zuständigkeit für Klagen aus Vertrag – Zuständigkeit für **Klagen aus unerlaubter Handlung**, einer Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist, oder Ansprüchen aus einer solchen Handlung – Art 18 bis 21 – **Individueller Arbeitsvertrag** – Doppelte Eigenschaft als Direktor und Geschäftsführer einer Gesellschaft – Haftung wegen **unzulänglicher Erfüllung der Aufgaben** des Direktors und Geschäftsführers

#### 07.05.2015, Rs C-61/14, Orizzonte Salute (GA Jääskinen)

Öffentlicher Auftrag – Richtlinie 89/665 EWG – Regelungen, die **erhöhte Gebühren für den Zugang zu den Gerichten** im Bereich öffentlicher Aufträge vorsehen – Für neue Rechtsbehelfe wegen zusätzlicher Gründe erhobene kumulative Gerichtsgebühren im Kontext der gerichtlichen Anfechtung ein und desselben Vergabeverfahrens – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf nach Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Gebühren mit abschreckender Wirkung** – **Zugang zu den Gerichten** – **Grundsätze der Effektivität und der Äquivalenz**

#### 07.05.2015, Rs C-216/14, Covaci (GA Bot)

Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Richtlinie 2010/64/EU – **Recht auf Dolmetschleistungen und Übersetzungen im Rahmen von Strafverfahren** – Möglichkeit, ein **Rechtsmittel gegen ein Strafurteil in einer anderen Sprache** als der Verfahrenssprache einzulegen – Richtlinie 2012/13/EU – Recht auf Belehrung und Unterrichtung in Strafverfahren – Zustellung eines Strafurteils an einen Zustellungsbevollmächtigten und Übermittlung mit einfacher Post an die beschuldigte Person – Ab der Zustellung an den Zustellungsbevollmächtigten laufende **Rechtsmittelfrist** gegen dieses Urteil

[07.05.2015, Rs C-218/14, Singh ua \(GA Kokott\)](#)

Richtlinie 2004/38/EG – Art 7 Abs 1 Buchst b, Art 12 und Art 13 Abs 2 – **Ehe zwischen einer Unionsbürgerin und einem Drittstaatsangehörigen – Wegzug der Unionsbürgerin** und anschließende **Scheidung** – Aufrechterhaltung des **Aufenthaltsrechts des Drittstaatsangehörigen** im Aufnahmemitgliedstaat

[07.05.2015, Rs C-255/14, Chmielewski \(GA Wathelet\)](#)

Überwachung von **Barmitteln**, die in die Europäische Union oder aus der Europäischen Union verbracht werden – Verordnung (EG) Nr 1889/2005 – **Verletzung der Anmeldepflicht** – **Verhältnismäßigkeit der Sanktionen** – Freier Kapital- und Zahlungsverkehr

## C. Gericht

[30.04.2015, verb Rs T-707/13 und T-709/13, Steinbeck / OHMI - Alfred Sternjakob \(BE HAPPY\)](#)

Gemeinschaftsmarke – Nichtigkeitsverfahren – **Gemeinschaftswortmarken BE HAPPY** – Absolutes **Eintragungshindernis** – **Fehlende Unterscheidungskraft** – Art 52 Abs 1 Buchst a und Art 7 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009

## V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

07.05.2015, Beschwerde Nr. [13712/11](#), *S.L. und J.L. / Kroatien*

**Verletzung** von **Art 1 1. ZP EMRK** (Eigentumsfreiheit); Zustimmung der **Jugendwohlfahrt** zum **Tausch** einer am Meer gelegenen Villa im Eigentum der zwei minderjährigen, in ihrer Obhut stehenden Bf gegen eine Wohnung von **geringerem Wert**; Jugendwohlfahrt hätte vor Zustimmung Umstände des Falls im Einzelnen prüfen und die **Eigentumsinteressen der Minderjährigen** vorrangig berücksichtigen müssen; kein effektiver Rechtsschutz gegen Vorgehen der Behörden

### [Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

### [Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

#### Disclaimer

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **Impressum**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied, Wiss.-Mit. Jakob Dietrich;

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.